

# ***Coronakrise: Das Problem heißt Kapitalismus***

Für Milliarden Menschen haben das Corona Virus und die dagegen getroffenen Maßnahmen einschneidende Veränderungen zur Folge, auch wenn diese je nach Situation ganz verschieden sind. Ohne Frage stellt die Pandemie eine Herausforderung für die gesamte Menschheit dar, die Situation ist ernst.

Die Bundesregierung indessen versucht als Antwort auf das rasante Ausbreiten des Virus in erster Linie die Profite der Wirtschaft zu schützen, anstatt den Menschen unter die Arme zu greifen. Diese werden mit gravierenden Einschränkungen in ihren Grundrechten konfrontiert. Gleichzeitig werden, wie bei allen Krisen, die Konsequenzen auf uns abgelagert: Lohnarbeiter\*innen, Menschen in prekären Lebensverhältnissen, Schutzsuchende etc. Genau dies dürfen wir nicht widerstandslos hinnehmen. Vertrauen, Respekt und Solidarität sind wichtige Ideale, um die Krise zu bewältigen.

## **Naturzerstörung als eine Ursache der Coronapandemie**

Es gilt als gesichert, dass das Virus auf einem Tiermarkt in China in Form einer Zoonose von Wildtieren auf den Menschen übertragen wurde. Dies ist nicht zufällig passiert. Ein Grund für das immer häufigere Auftreten von Pandemien liegt im System mit seiner kapitalistische Verwertungslogik unter dem Motto Wachstum um jeden Preis. Dieses zwingt Menschen dazu, immer weiter in unerschlossene Gebiete vorzudringen. Durch massive Rodungen globaler Primärwälder für die westliche Nahrungsmittelproduktion multinationaler Konzerne wird der Vorbereitung neuartiger gefährlicher Viren das Tor in unsere globalisierte Gesellschaft geöffnet.

Wenn Ökosysteme durch den Eingriff des Menschen zerstört und Wildtiere verdrängt oder gewildert werden, geraten Viren in die Nähe des Menschen. Massentierhaltung, Tiertransporte, Urbanisierung und der globale Handel befördern diesen Prozess. Mit der Corona-Pandemie zeigen sich die Konstruktionsfehler einer profitorientierten globalisierten Wirtschaft. Die Krise ist ganz klar auch eine ökologische, sie ist eine Folge unserer Naturzerstörung und unseres ausbeuterischen Umgangs mit den Lebewesen dieses Planeten.

## **Rettungsschirme für Großkonzerne: Wo bleibt die Unterstützung für die Arbeiter\*innen?**

Die Verfechter des kapitalistischen Wirtschaftssystems tun gerade so, als sei die Wirtschaft unverschuldet durch die Pandemie in neue Nöte geraten. Dabei stand diese ohnehin schon angeschlagen da. Eine Wirtschaftskrise wäre wohl so oder so gekommen, nur jetzt kommt sie heftiger und schneller. Die seit 2008 durch massive Anleihekäufe der EZB befriedete Krise kommt nun wieder voll zum Vorschein. Der globale Kapitalismus ist extrem verletzlich gegenüber unerwarteten Belastungen und kein Modell für die Zukunft.

Während der öffentliche Sektor in Deutschland Jahrzehnte lang durch Privatisierung kaputt gespart wurde, machen der Staat und die EZB, als Antwort auf die Krise, in Windeseile Milliarden für die Wirtschaft locker. Die Unternehmen und Konzerne sollen bloß keinen Schaden nehmen. Es braucht keine hellseherischen Fähigkeiten, um vorauszusagen, dass das

Kapital versuchen wird, einen Großteil der wirtschaftlichen Folgen auf die Masse der Lohnarbeiter\*innen abzuwälzen. Die Pläne der Regierung unterstreichen dies: Deutschland mobilisierte insgesamt rund 750 Milliarden Euro, um die Wirtschaft zu retten, einhergehend mit einer Neuverschuldung von rund 156 Milliarden. Selbst die Schwarze Null ist also nicht mehr heilig. Rund 600 Milliarden davon sind für die Sicherung der deutschen Konzerne und Exportindustrie vorgesehen. <https://www.n-tv.de/wirtschaft/600-Milliarden-Euro-Fonds-soll-Firmen-retten-article21659650.html>

Aktuell belaufen sich die Rettungspakete des Staates laut der [Süddeutschen Zeitung](https://www.sueddeutsche.de/politik/coronavirus-rettungsschirm-hilfspaket-1.4868495) vom 6. April schon auf 1.173 Milliarden Euro – über ein Drittel der gesamten Wirtschaftsleistung Deutschlands. <https://www.sueddeutsche.de/politik/coronavirus-rettungsschirm-hilfspaket-1.4868495>

Stand 10.4. macht die EU nochmal 500 Milliarden zusätzlich locker. Hauptsächlich natürlich für die Wirtschaft. <https://www.tagesschau.de/ausland/eu-finanzhilfen-103.html>

Und das wird sicherlich noch nicht das Ende sein.

Auch Bayern hat sein Hilfspaket für die Wirtschaft noch einmal massiv aufgestockt, auf nun 40 Milliarden Euro (20 Milliarden über den Haushalt für Sofortmaßnahmen und Bürgschaften sowie 20 Milliarden für den Bayernfonds). Söder zufolge hat in der aktuellen Lage der Erhalt der Liquidität von Unternehmen oberste Priorität.

<https://www.zdf.de/nachrichten/politik/coronavirus-bayern-hilfspaket-20-milliarden-100.html>

Hinzu kommen „vorübergehend“ Flexibilität bei den Arbeitszeitregeln: längere Arbeitszeit-Korridore an Werktagen, Beschäftigung an Sonn- und Feiertagen und eine vorübergehende Verkürzung der Ruhezeiten. <https://www.handwerksblatt.de/themen-specials/lassen-sie-sich-nicht-anstecken/corona-diese-hilfen-geben-die-bundeslaendern-den-betrieben>

Dies alles geht Hand in Hand mit den schon lange geforderten Steuererleichterungen für Unternehmen.

Wieder einmal geht es hier offensichtlich um eine Sicherung der Profite einiger weniger, bezahlt mit Steuergeldern. Auch diese Krise soll zur weiteren Umverteilung von unten nach oben genutzt werden. Geld, das laut Olaf Scholz für die Rettung von Unternehmen ausreichend zur Verfügung steht, wird verweigert, wenn es um die Gesundheit und die Existenzsicherung der Arbeiter\*innen geht. Auch Hilfsstrukturen für Menschen in prekären Lebensverhältnissen und Kranke fehlen fast gänzlich und werden nun notdürftig in der Nachbarschaft organisiert.

Wenn es denn darum geht, der Mehrheit der Bevölkerung unter die Arme zu greifen, bleibt der Staat somit wie gewohnt knauserig. Maßnahmen wie Kündigungsschutz für Mieterinnen und Mieter während der Krise oder eine Ausweitung der Grundsicherung wirken gradezu armselig im Vergleich zu den Unternehmenshilfen.

Gleichzeitig macht die Wirtschaft aus der Not eine Tugend und versucht die Gunst der Stunde zu nutzen, um Beschäftigte zu erpressen und ihre Ausfälle auf die Belegschaften abzuwälzen. <https://boerse.ard.de/aktien/vw-verlaengert-produktionsunterbrechung100.html>

Kündigungen setzen in diesen Tagen tausende vor die Tür, Konzerne lassen sich das Kurzarbeitergeld vom Staat bezahlen, Arbeitszeitkonten werden ins Minus gefahren, radikale Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen in allen Branchen und die Auflockerung des Kündigungsschutz wird wohl demnächst auf die Agenda kommen.

<https://www.jungewelt.de/artikel/374975.prek%C3%A4re-besch%C3%A4ftigung-in-der-brd-niedrigl%C3%B6hner-trifft-es-am-st%C3%A4rksten.html>

<https://www.jungewelt.de/artikel/375008.arbeitszwang-bei-amazon-frankreich-unertr%C3%A4glicher-druck.html>

Klar ist, anstatt eines Schutzschilds für die Wirtschaft brauchen wir einen Schutzschild für die Beschäftigten. Niemand darf gekündigt werden, niemand soll krank zur Arbeit gehen. Wir

brauchen uneingeschränkte Lohnfortzahlung für alle. Wir brauchen kein Investitionsprogramm, welches ein Wirtschaftssystem künstlich am Leben hält, das auf der Ausbeutung von Mensch, Tier und Natur beruht.

## **Das Gesundheits- und Pflegesystem wird der Profitlogik untergeordnet**

Das Gesundheitswesen wurde über Jahrzehnte systematisch kaputt gespart. Es wird schon seit langem nach Profitinteressen ausgerichtet und nicht nach den Bedürfnissen der Menschen. Die Krankenhausversorgung gehört zur Daseinsvorsorge. Dennoch verpflichtet der Gesetzgeber die Krankenhäuser dazu, gewinnorientiert zu wirtschaften.

Immer mehr Krankenhäuser werden von privaten Konzernen betrieben. Deren Beraterfirmen fordern nach wie vor eine drastische Reduktion der Anzahl an Krankenhäusern.

<https://www.gemeingut.org/gib-aufruf-keine-krankenhausschliessungen/>

Praxen und auch die staatlichen medizinischen Einrichtungen müssen betriebswirtschaftlich rentabel sein. In den öffentlichen Einrichtungen verschlechtert sich daher die Versorgung: Die Bettenanzahl geht zurück, Abteilungen werden geschlossen. Schon im normalen Tagesgeschäft sind die Intensivstationen aus Sicht der Pfleger\*innen Tag für Tag bereits überfordert. Schuld daran ist eindeutig die am Gewinn orientierte Finanzierung durch Fallpauschalen. Pflegekräfte sind dadurch vor allem lästige Kosten. <https://www.parlament-berlin.de/ados/17/GesSoz/vorgang/gs17-0160-v-StN%20ver.di..pdf>

Den Pflegekräften aus Ost-Europa, meist Frauen, haben wir es zu verdanken, dass unser Gesundheits- und Pflegesystem nicht längst zusammengebrochen ist. Diese kümmern sich unter prekären Arbeitsbedingungen um den Haushalt und die Pflege älterer Menschen.

Überlastung und Stress sind für viele Beschäftigte der Normalzustand. Personalmangel, Hektik und lange Schichten bleiben nicht folgenlos: Ein Drittel der Pfleger\*innen ist Burnout-gefährdet. <https://www.genios.de/presse-archiv/artikel/ZEIT/20140313/schluss-mit-schwester/B47F597DB2DADF2B885C12FFA07109CD.html>

In kaum einer anderen Branche kündigen so viele Menschen ihren Job.

<https://www.tz.de/muenchen/stadt/muenchen-ort29098/muenchen-sind-am-ende-krankenpfleger-berichten-von-pflegenotstand-12808260.html>

Hier werden Menschenleben der Profitlogik geopfert. Nun sollen die Beschäftigten die katastrophale Überlastung des Gesundheitssystems ausbaden? Denn die von der Regierung angekündigten Maßnahmen sind völlig unzureichend und setzen weiterhin auf Marktmechanismen. Dabei hat gerade die Einführung von immer mehr Markt in das Gesundheitswesen die Misere verursacht.

Mehr als Dankbarkeit und Scheinreformen brauchen die Beschäftigten eine angemessene Bezahlung inklusive Gefahrenzulage während solcher Krisen, sichere Arbeitsbedingungen und Unterstützung für ihre Familien, die Vergesellschaftung der Pharmaindustrie und des Gesundheitssystems, die Inbetriebnahme stillgelegter Kliniken, Neueinstellungen von Kolleg\*innen.

Die Versorgung von Menschen muss wieder Hauptaufgabe des Gesundheitssystems sein. Menschen zu helfen, ist der Zweck eines Gesundheitssystems, nicht Profite für private Krankenhauskonzerne zu erzielen. Seien wir wachsam und solidarisch. Unterstützen wir die Forderungen der Arbeiter\*innen.

## **Die Antwort auf Corona lautet: Beschneidung unserer Grundrechte - „Freiheit stirbt mit Sicherheit!“**

Wir müssen nicht nur das staatliche Versagen im Gesundheitssystem ausbaden, sondern es werden auch unsere Freiheitsrechte immer weiter eingeschränkt. Wir erleben gerade die größten Grundrechtseinschränkungen seit 1945. Mit Verboten und Geboten greift der Staat massiv in unseren Alltag ein. Das Austesten autokratischer Kontrollmöglichkeiten ist ein Kennzeichen des aus den Fugen geratenen Katastrophenkapitalismus.

In Deutschland setzt sich die in den Polizeiaufgabengesetzen eingeschlagene Richtung fort. Zum Beispiel mit der Übermittlung von Handydaten durch die Anbieter an Ämter und Sicherheitsbehörden <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/mit-handydaten-gegen-corona-kontakte-von-infizierten-aufspueren-16685414.html>, oder dem Einsatz der Bundeswehr im Inneren - 15.000 Bundeswehrsoldaten werden für den Einsatz im Inland mobilisiert (<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/corona-krise-bundeswehr-mobilisiert-15-000-soldaten-a-fb7668c0-a47f-4ca5-b83b-3a2ddd3b68a1>). Wie ernst es dem Staat mit dem Schutz der Menschen ist, zeigt die Tatsache, dass selbst in nicht systemrelevanten Betrieben teilweise noch gearbeitet wird, anstatt die Mitarbeiter\*innen bei vollem Lohnausgleich nachhause zu schicken. Dies lässt die Ausgangsbeschränkungen, die Ansteckungen verhindern sollen, in einem ganz anderen Licht erscheinen. So dürfen sich zwar nicht mehr als zwei Menschen im öffentlichen Raum treffen, was aber überraschenderweise nicht für die Lohnarbeit gilt, wo die Arbeitnehmer\*innen aufgefordert werden, in Eigeninitiative irgendwie für ihre Gesundheit zu sorgen. Hier ist es kein Problem, Millionen von Beschäftigten zu zwingen, in Werkshallen und Dienstleistungsbetrieben mit hunderten Menschen in einem Raum weiterzuarbeiten, um Dinge herzustellen, die zurzeit niemand dringend braucht. Auch hier gilt: Profit und "Sicherheit" vor Gesundheit. Während der Staat sich bei der Einschränkung sozialer Kontakte und vor allem für die Unterstützung der Wirtschaft groß ins Zeug legt, sind unsere gesellschaftlichen Interessen plötzlich die Probleme der Einzelnen.

Gegen die beispiellosen Einschränkung unsere Grundrechte und Notstandsmaßnahmen können wir uns nicht mal wehren: Versammlungen sind verboten, niemand weiß für wie lange. Alle Möglichkeiten, unsere Rechte und Interessen vorzubringen und umzusetzen, sind nun erstmal über den Haufen geworfen. Hinzu kommt eine mediale Berichterstattung, die uns in erster Linie vorhält, wie wir uns am besten an die ständig neuen Verordnungen anpassen sollen.

Profitdiktat wie allgegenwärtige Konkurrenz, Zwang zu Flexibilität und Effizienz haben aus gemeinschaftsbedürftigen Menschen verzweifelte Einzelkämpfer\*innen gemacht. Das gilt für alle Lebensbereiche, wird aufgrund der momentan sicher notwendigen Kontaktverbote aber verstärkt spürbar. Wenn jetzt unbedarft nach einer Ausgangssperre gerufen wird, wird das mittel- und langfristig schwere Konsequenzen haben. Was einmal politisch als Handlungsoption durchgesetzt ist, kann zu einem späteren Zeitpunkt immer wieder angewandt werden, auch wenn das Virus irgendwann seine Brisanz einbüßen wird: Vorratsdatenspeicherungen, Telekommunikationsüberwachung zur Erfassung von Bewegungsmustern, erweiterte Polizeibefugnisse, Grenzschließungen, Ausgangssperren, Kontaktverbote, Eingriffe in alle Lebensbereiche der Menschen. Und das unabhängig von der eigentlichen Begründung, mit der die Maßnahme einmal ermöglicht wurde.

Die Tragik der Situation ist, dass die durch das kapitalistische System entmündigte Gesellschaft den Ausnahmezustand und die Zwangsmaßnahmen geradezu braucht. Das zum

Egoismus herangezogene, nur auf sich achtende Individuum kann ohne den Befehl des Staates keine gemeinschaftlich solidarische Handlungsperspektive entwickeln.

Wir dürfen nicht zulassen, dass die Coronakrise zum Freifahrtschein für die Aushöhlung demokratischer Rechte wird. Die erkämpften demokratischen Grundrechte dürfen trotz Pandemie nicht geopfert, sondern müssen entschieden verteidigt werden.

## **Die berechnende "Solidarität" der Herrschenden**

All diese Maßnahmen werden mit einem plötzlich viel beschworenen Zusammenhalt gerechtfertigt. Wir seien nun alle gefragt, diese Krise gemeinsam zu bewältigen. Wir alle müssen Opfer bringen – vom Milliardär, über den Lohnabhängigen, bis zum Obdachlosen. Dabei dürfen wir nicht vergessen, dass die in Krisenzeiten stets hervorgeholte politische Heuchelei von der Gemeinschaft, das Erzeugen eines großen Wir-Gefühls, nichts zu bedeuten hat. Es sollte klar benannt werden, dass Solidarität das Gegenteil von dem ist, was die innerste Triebkraft des Kapitalismus ist. Dieses System ist auf Profitgier, Egoismus und Rücksichtslosigkeit aufgebaut. Die Politiker\*innen, die jetzt Solidarität und Zusammenhalt predigen, vertreten eine Politik, die eine dauerhafte und tiefgehende Spaltung der Gesellschaft forciert hat und auch weiterhin forcieren wird.

Was Solidarität wirklich für die Herrschenden bedeutet, lässt sich an den beiden folgenden Beispielen gut erkennen:

So wollten große Firmen wie Adidas, Deichmann oder H&M, die jährlich Rekordumsätze einfahren, wegen der Schließung ihrer Filialen, keine Mieten mehr bezahlen, während diese ihren prekär Beschäftigten seit Jahren keine existenzsichernden Löhne bezahlen wollen.

<https://www.onvista.de/news/adidas-will-keine-miete-mehr-zahlen-342247605>

In der Lombardei, einem Hotspot von Covid-19, hat beispielsweise ein Unternehmen 500.000 Corona-Test-Kits an die USA verkauft. Test-Kits, die viele Regionen des Landes dringend benötigt hätten, um die Ausbreitung des Virus einzudämmen. Selbst im Angesicht einer drohenden Pandemie, bleibt der unmittelbare Bedarf an einer medizinischen Ware zweitrangig. Viel wichtiger ist aus Sicht eines Unternehmens sein Tauschwert. Sprich, wer das bessere Angebot für die Mangelware unterbreitet bekommt geliefert. Und dies kam nun mal aus dem Pentagon.

<https://lowerclassmag.com/2020/03/25/kapitalismus-und-covid19-ein-beispiel-aus-der-lombardei/>

Weiterhin besteht die Gefahr, dass der von den Herrschenden propagierte Zusammenhalt einen guten Nährboden für die Ausbreitung von nationalistischem Gedankengut schafft. Die Rechte versucht seit Beginn der Coronakrise, diese zur Verbreitung ihrer rassistischen und völkischen Wahnvorstellungen zu nutzen und streut falsche Berichte über das Virus.

Die Herrschenden und die Medien suggerieren ebenfalls ein nationales Zusammengehörigkeitsgefühl, bei dem die ärmsten der Armen an den EU Außengrenzen ihrem Schicksal selbst überlassen werden. Für die einen geht es um die Existenz, für die anderen darum, wie sie im „Homeoffice“ klar kommen oder was man am Wochenende unternehmen soll, jetzt wo Clubs, Diskotheken und Bars geschlossen haben. In einer Villa mit Garten oder einer großen Wohnung mit Balkon lässt sich eine Ausgangssperre leichter ertragen als alleinerziehend mit zwei kleinen Kindern in einer Zweizimmerwohnung. Menschen, die ihren Job verlieren, Menschen deren Existenz wegbricht, müssen nun finanziell unterstützt werden. Ebenso müssen alle Sanktionen durch die Jobcenter sowie Stromsperren

und Zwangsräumungen ausgesetzt werden und der Regelsatz muss angehoben werden. Niemand darf zurückgelassen werden.

Statt die Bewegungsfreiheit einzuschränken, müsste die Bundesregierung dringend kostenfrei Corona-Tests, Masken und Desinfektionsmittel für alle Menschen in Risikogebieten und Großstädten zur Verfügung stellen. Solidarität und das gemeinsame Einstehen für unsere Interessen sind gerade jetzt unbedingt notwendig.

## **Besonders betroffen sind die „Abgehängten“ in unserer Gesellschaft**

Am härtesten trifft es hierzulande Obdachlose, Geflüchtete und Gefangene. Sie können sich kaum isolieren, viele haben Vorerkrankungen und gehören deshalb selbst zu einer Risikogruppe. Sie können sich kaum schützen und sind oftmals nicht krankenversichert, weswegen der Besuch von Ärzt\*innen erschwert wird. Gleichzeitig wird die Situation für finanziell schlecht gestellte Menschen immer schwieriger. Denn zahlreiche Hilfsangebote wie Bahnmissionsmissionen oder Tafeln wurden eingestellt oder zurückgefahren.

Häftlinge sollen von der übrigen Bevölkerung isoliert werden, Besuche unterbunden. Zwar können Beschränkungen des Kontakts mit der Außenwelt gerechtfertigt sein, doch kann die Schließung von Gefängnissen das Risiko von Misshandlungen erhöhen, insbesondere in Krisen- und Paniksituationen. Wenn es nicht zu einer deutlichen Verringerung der Zahl der Häftlinge kommt, wird sich das Virus in den Einrichtungen rasch ausbreiten, und die Gefängnisleitungen und medizinischen Dienste werden überfordert sein.

In den Geflüchtetenunterkünften in Deutschland, wo Menschen unter unmenschlichen Bedingungen ohne sanitäre und medizinische Hilfe zusammengepfercht sind, drohen Epidemien. Hier wird zusätzlich zum Zugang zu medizinischer Versorgung und Schutzgütern, dringend mehr Raum benötigt, um die Ansteckungsgefahr zu verringern. Und diesen Raum gibt es: Alleine in München gibt es rund 51.000 Betten in Hotels oder Pensionen (im Großraum sind es sogar ca. 84.000), die aufgrund der Einreise- und Ausgangsbeschränkungen jetzt größtenteils nicht besetzt sind. Es liegt also auf der Hand, was die Regierung tun könnte.  
<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/319424/umfrage/anzahl-der-beherbergungsbetriebe-in-muenchen-nach-betriebsart/>

Grundsätzlich darf es keine Lager und keine obdachlosen Menschen geben. Es gibt aufgrund der Profitgier Einzelner genügend Leerstände, die nur auf einen Einzug warten.

Noch katastrophaler als in den Lagern hier, sind die Zustände in den Elendslagern an der europäischen Außengrenze. In Moria und anderen EU-Hotspots werden die Menschen teilweise sich selbst überlassen. Die Kapazitäten sind bei weitem erschöpft; die Gesundheitsversorgung ist desolat. Es gibt hier keinen regelmäßigen Zugang zu Wasser, von Seife ganz zu schweigen. Wenn das Virus sich dort verbreitet, droht ein medizinischer Notstand.  
<https://twitter.com/SEENOTRETTUNG/status/1242734343698747393>

Bezeichnend, wenn 100.000 Urlauber mit Flugzeugen zurück nach Deutschland geholt werden, es plötzlich möglich ist 10.000 Erntehelfer einfliegen zu lassen, während die Regierung aber die Menschen auf Lesbos, in Idlib oder an der türkisch-griechischen Grenze ihrem schrecklichen Schicksal überlässt. Sobald die Wirtschaft betroffen ist, diese Menschen braucht die sich abbuckeln und sie ausbeuten kann, ist vieles möglich und es geht plötzlich ganz fix. Die alles ist eine einzige Schande.



<https://www.news60.eu/de/100000-deutsche-urlauber-werden-zuruckgeholt>  
<https://www.br.de/nachrichten/meldung/erste-erntehelfer-werden-eingeflogen.3002b53d5>

Die EU nutzt die Coronakrise aus, um sich weiter abzuschotten und Repressionen gegen schutzsuchende Menschen zu erhöhen – mit katastrophalen Folgen. Anstatt die griechische Regierung für das brutale Vorgehen an der Grenze zur Türkei und die Aussetzung des Asylrechts zu kritisieren, wir dieses abscheuliche Vorgehen von der EU begrüßt.

<https://www.waz.de/politik/von-der-leyen-lobt-griechenland-als-schutzschild-der-eu-id228608081.html>

Im Schatten von Corona sollen die Flüchtenden in Griechenland ein für alle Mal mit brutaler Gewalt zurück geschlagen werden. Stattdessen ist ein groß angelegtes Aufnahmeprogramm für Geflüchtete notwendig. Die (teilweise) vorhandene Solidarität, die sich durch Nachbarschaftshilfen zeigt, muss dabei für alle gelten, sie darf nicht an nationalen Grenzen aufhören oder an den "richtigen" Pass, die "richtige" Hautfarbe, den sozialen Status, Einkommen etc. gekoppelt sein. Wo bleibt hier die so viel beschworene Solidarität.

## **Her mit dem guten Leben für alle!**

Vor dem Hintergrund des möglicherweise drohenden Kollaps der Weltwirtschaft, einer noch größeren Hunger-Katastrophe, dem nach wie vor voranschreitenden Klimakrise, brutaler Bekämpfung von Flüchtenden und angestrebter Neuordnung der Welt im Interesse der Maximal-Profite der Herrschenden ist unser entschlossener Widerstand mehr als notwendig.

Es ist sehr wahrscheinlich, dass sowohl die Wirtschaft als auch unsere Gesellschaft nach der Coronakrise anders aussehen werden als vorher. Lassen wir also nicht zu, dass der Kapitalismus sich danach weiter vertieft. Wir müssen uns zusammentun und nach Möglichkeiten suchen, die Auswüchse der Krise, wie Angriffe auf unsere Arbeitsbedingungen und unseren Alltag in Form von Kurzarbeit, Massenentlassungen, radikale Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen, Einschränkung der Grundrechte etc, abzuwehren. Und zwar jetzt!

Wir dürfen kein falsches Stillhalteabkommen mit den Herrschenden eingehen. Streiks und die politische Arbeit in den Betrieben müssen wir genauso weiterverfolgen wie die Aktionen auf der Straße. Dies dürfen wir nicht aufschieben, bis die Situation wieder unbedenklicher wird und die Herrschenden es uns evtl wieder mit Einschränkungen erlauben.

## **Solidartät ist eine Waffe! Sie ist unsere Waffe!**

Aber wir müssen auch weiter denken: Krisen haben immer auch das Potenzial, gesellschaftliche Kräfteverhältnisse drastisch zu verändern und eine bestehende Ordnung infrage zu stellen. Nicht Wirtschaftswachstum, "immer mehr haben" und Gewinnmaximierung gehören in den Mittelpunkt, sondern die Sorge um die Mitmenschen. In der Krise zeigt sich deshalb auch die Möglichkeit eines guten Lebens für alle, jenseits von Profit, Wachstum und Naturzerstörung. Wir wollen in einer Gesellschaft leben, die auf Sorgearbeit, regionalem Wirtschaften und naturschonender Produktion basiert und nicht auf Konkurrenz und Ausbeutung. Gemeinsam können wir unsere Zukunft in einer Rätedemokratie gestalten. Dies alles ist in diesem System nicht möglich. Der Kapitalismus ist nämlich weder gewillt, noch in der Lage, Antworten auf die sozialen und ökologischen Katastrophen unserer Zeit zu finden. Wie auch, wenn es selbst Ursache allen Übels ist. Er produziert tagtäglich Elend und lässt die Bedürfnisse von Mensch und Tier hinter ihren "Wert" zurücktreten. Wir benötigen eine

Lasst uns gemeinsam den Kapitalismus überwinden und eine neue Welt aufbauen, fernab von Gier, Ausbeutung und Herrschaft.

**Gemeinsam sind wir viele - Wir haben eine Welt zu gewinnen!**